

**Fachpartner: Sachkundige Bürger**

**Einleitung:**

Der Haushalt der Stadt Münster ist 2014 im Plus. Das ist aber hohen Schlüsselzuweisungen vom Land und der Entlastung bei der Zahlung in den Fond „Deutsche Einheit“ geschuldet. Für 2015 prognostiziert der Kämmerer wieder ein Defizit. Trotz niedriger Zinsen belastet der Schuldendienst die Stadt jährlich mit über 50 Mio. Euro. Bis 2020 (Schuldenbremse) muss die Stadt jedoch einen ausgeglichenen Haushalt erreichen.

**Frage 2:**

Der Personalabbau in der Verwaltung stößt mittlerweile an Grenzen. Wo sieht Ihre Partei noch Einsparpotentiale oder welche Aufgaben würden Sie auslagern?

**Bündnis 90/Die Grünen/GAL (Ratsherr Otto Reiners)**

In den vergangenen Jahren ist immer wieder am Personalabbau gedreht worden. Ergebnis ist, dass im Zeitraum von 2002 bis heute fast netto 500 Stellen oder exakt 497,66 Vollkräfte abgebaut worden sind. Stellenvermehrung gab es primär in gesetzlich festgelegten Bereichen wie der Kindertagesbetreuung und der Feuerwehr. Die Effektivität der Aufgabenwahrnehmung kann und muss aufgrund veränderter Rahmenbedingungen, wie z. B. neuer oder veränderter Gesetzeslage stets verbessert werden. Dies gehört mittlerweile zum Alltag der Verwaltung der Stadt Münster. Mit strukturellen Veränderungen wie z. B. der Auslagerung von Aufgaben werden die Kosten der Verwaltung aber nicht automatisch gesenkt. Denn dann verschieben sich die Kosten von den Personalkosten nur in die Sachkosten. Teilweise kommt es dann sogar zu Kostensteigerungen. Und auf der Basis von differenzierten wirtschaftlichen Betrachtungen gehen viele Städte und Gemeinden gegenwärtig genau den umgekehrten Weg, indem sie eine Re-Kommunalisierung von Aufgaben prüfen oder sogar schon eingeleitet haben. Ich bringe als Beispiel den Bürgerentscheid der Stadtwerke vor zehn Jahren ins Spiel. Die Gewinnabführungen der Stadtwerke heute decken bei weitem schon den seinerzeit beabsichtigten Verkaufserlös.

**ödp (Ratsherr Franz Pohlmann)**

Den Mitarbeitern der Verwaltung stehen, genau wie praktisch alle Arbeitnehmer in der freien Wirtschaft zunehmend unter Druck. Die deutliche Zunahme an psychischen aber auch stressbedingten körperlichen Krankheiten spricht Bände! Die ÖDP fordert daher ein grundsätzliches Umdenken in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Stichworte sind für uns die 4 E: Entschleunigung, Entrümpelung, Entkommerzialisierung und Entflechtung. Ich kann allen Hörern, die diese ständige Beschleunigung in allen Lebensbereichen satt haben, nur raten, im Internet mal Begriffe wie Postwachstumsökonomie und Suffizienzpolitik zu googeln! Die Auslagerung von Aufgaben oder Personalabbau sind keine Auswege aus der Krise. Wir brauchen einen Politikwechsel, der den Menschen wieder in den Mittelpunkt stellt und sich nicht allein an vermeintlich wirtschaftlichen Notwendigkeiten orientiert.

**FDP (Ratsfrau Carola Möllemann-Appelhoff)**

Auch im Personalbereich gibt es immer noch Einsparpotentiale, zum Beispiel durch Ämterzusammenführungen, Abbau von Doppelstrukturen bei Aufgabenerledigungen oder auch die Verlagerung von Aufgaben in die private Wirtschaft. Die Verschlinkung der Verwaltungsstrukturen haben uns andere Städte schon vorgemacht. Denn unter dem Strich haben wir in den letzten Jahren kaum Stellen abgebaut. Es gibt Städte, die bestimmte Pflichtaufgaben preiswerter als Münster erbringen. Hier müssen wir endlich einmal über den Tellerrand Münsters hinausschauen und von guten Beispielen anderer lernen. Eine Stadt mit einem hohen Defizit muss auch freiwillige Leistungen auf den Prüfstand stellen. Wir schlagen die Streichung des Münsterpasses vor.

**DIE LINKE** (Rüdiger Sagel)

Immer wieder kommt es in Münster auch dazu, dass Personal gekürzt wird. Kürzungspolitik ist ein Dauerthema mittlerweile auch in dieser Stadt. Auf der anderen Seite ist es aber natürlich so, dass z. B. für Kitas, also für Kindertageseinrichtungen, mehr Personal benötigt wird. Wir setzen uns auch dafür ein, dass hier weitere mindestens 500 Kita-Plätze in Münster geschaffen werden. Nach wie vor gibt es da ein großes Defizit und da braucht es natürlich entsprechendes Personal. In der Verwaltung ist es so, dass die Beamten und auch die Beschäftigten immer mehr und stärker belastet sind. Stress gehört mittlerweile zu deren täglichem Erleben, und wir wollen, dass das auch zum Thema gemacht wird. Die Belastung der Beamtinnen und Beamten und der städtischen Angestellten ist zu groß. Es gibt auch keine Leistungsprämie mehr, das heißt: Auch da hat es konkrete Gehaltskürzungen gegeben. An all diese Themen wollen wir ran.

**CDU** (Ratsherr Gilbert Hartmann)

Ja, vorab auch hier: Münsters Stadtverwaltung ist gut aufgestellt. Ganz klar. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Stadtverwaltung sind erfolgreich, effektiv und engagiert. Auf dieser Basis gilt es, zuversichtlich nach vorne zu schauen. Nach der erfolgreichen Verschlankung des Verwaltungsapparates in den vergangenen Jahren wollen wir als CDU in der nächsten Wahlperiode vor allem die Bürgernähe in den Mittelpunkt unserer Politik stellen: Kurze Wege, einfache Verfahren, kundenfreundliche Öffnungszeiten, mehr Service aus einer Hand und eine bürgernahe Struktur. Dies wollen wir bisher erreichen, ohne dass der Verwaltungsapparat unnötig wächst. Das erfordert den kontinuierlichen Ausbau der Online-Produktpalette und die spürbare Vereinfachung der produktbezogenen Abläufe. Ergebnisse einer Organisationsuntersuchung müssen weitere Möglichkeiten aufzeigen. Dem altersbedingten Personalschwund bei der Verwaltung und dem absehbaren Mangel an qualifizierten Nachwuchskräften wollen wir durch gezielte Personalentwicklungsmaßnahmen entgegenwirken. Dazu gehören: Fortbildung, attraktive Ausbildungsplätze, Wissenspool älterer Mitarbeiter nutzen und die weitere konsequente Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Kinderbetreuungsbüro, Betriebskindergarten, Tele-Arbeit.

**SPD** (Ratsherr Robert von Olberg)

Wir glauben als SPD-Fraktion, dass man nicht mit dem Klein-Klein - hier ein paar tausend Euro sparen, da ein paar tausend Euro sparen - tatsächlich nachhaltig den Haushalt in Münster ausgleichen kann. Wir wollen größere Strukturfragen stellen, insbesondere auch bei den Beteiligungen der Stadt. Da geht's um Organisationsfragen, da geht's aber zum Beispiel auch um so etwas, ob wir nicht einen Bau- und Liegenschaftsbetrieb als Stadt einrichten können, bei dem wir zentral unsere Liegenschaften und Gebäude verwalten und auch da so zu Einsparpotentialen kommen. Wir glauben z. B., dass wir Flächen reduzieren müssen beim städtischen Verbrauch, das heißt: Die Stadtverwaltung braucht sicherlich nicht langfristig all die Flächen, die sie jetzt benötigt und dann geht es unserer Meinung nach auch darum, frei gewordene Flächen zu veräußern, um so wieder mehr Spielräume im Haushalt zu erreichen. Ein Beispiel dafür sind Schulen, die in den letzten Jahren aufgrund fehlender Anmeldezahlen geschlossen wurden oder ausgelaufen sind. Diese Flächen wollen wir veräußern, um die Gewinne, die wir da erzielen, dann auch tatsächlich wieder für Bildungsinvestitionen zu nutzen. Das, denken wir, ist ein vernünftiges Herangehen an die Haushaltspolitik.

**Piratenpartei** (Sebastian Kroos)

Pauschaler Personalabbau schadet in vielen Fällen mehr als man auf den ersten Blick einsparen könnte. Wir stehen hinter einer permanenten Aufgaben- und Personalkritik. Aber Personalabbau darf nicht zu Lasten der erforderlichen und gewünschten Dienstleistungen der Stadt gehen, sollte nur geschehen, wenn Stellen wirklich 'zu viel' sind, die nicht an anderer Stelle eingesetzt werden können. Der Personalabbau stößt in vielen

„Wahl lokal 2014“ ist eine Bürgerfunk-Initiative zur Kommunalwahl 2014  
des medienforum münster e. V.

[www.medienforum-muenster.de](http://www.medienforum-muenster.de)



Aufgabenbereichen an Grenzen oder hat sie sogar überschritten. Auf der anderen Seite erhöhen sich gerade in den Bereichen Erziehung und Bildung nachvollziehbar die Personalstellen. Auslagern im Sinne von 'Outsourcing'? 'Outsourcing' spart in der Regel – zumindest mittelfristig – kein Geld und private Anbieter sind auch nicht unbedingt kompetenter oder leistungsfähiger als direkt Angestellte. Die Müllabfuhr in Münster wurde aus diesen Gründen zurück in die städtische Hand genommen. Daher müssen Auslagerungsvorhaben immer kritisch im Einzelfall geprüft werden. In einigen Bereichen kann durch E-Government, also den Einsatz von Computer und Internet, etwas Arbeit an die Bürger selbst "ausgelagert" und das Verfahren bürgerfreundlicher gestaltet werden. Vielleicht lässt sich auch hier und da durch schlankere Prozesse etwas Arbeit vermeiden, das müsste aber die Verwaltung selbst optimieren, sie hat das praktische Erfahrungswissen. Wir prognostizieren, dass gerade die Bereiche mit direktem Kundenkontakt in den nächsten Jahren mehr Personal benötigen werden.

**UWG** (Uwe Raffloer)

Einen weiteren Personalabbau auf der normalen Verwaltungsebene halten wir als UWG nicht mehr für vertretbar. Ganz im Gegenteil: Um den Wohnungsbau zu fördern, würden wir eher - zeitlich befristet – mehr Personal im Planungsamt und im Bauordnungsamt zur Verfügung stellen. Die UWG hält es allerdings für denkbar, durch Zusammenlegung von Ämtern, gegebenenfalls in Leitungspositionen, noch geringe Einsparpotentiale zu aktivieren. Inwieweit das möglich ist, müsste man genau prüfen. Optimierungsmöglichkeiten sehen wir allerdings im Bereich des Immobilienmanagements, sicherlich nicht durch Personalabbau, wohl aber durch die Möglichkeit der Privatisierung dieses Sektors. Hier sehen wir ein erhebliches Einsparpotential. Denn das Immobilienvermögen der Stadt Münster beträgt ungefähr 700 Millionen Euro, und da entstehen entsprechende Verwaltungskosten, die man optimieren kann.